

Parolen der GRÜNEN des Kantons Glarus zu den Abstimmungen vom 8. März

Die GRÜNEN des Kantons Glarus haben ihre Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 8. März gefasst. Sie empfehlen: Ja zur “Klimafonds-Initiative”, Nein zur “Halbierungsinitiative”, Ja zum “Bundesgesetz über die Individualbesteuerung”, Nein zur “Bargeld-Initiative”, dafür hingegen Ja zum direkten Gegenvorschlag.

((09. Februar 2026)) * * *



Grüne des Kt. Glarus bei ihrer Parolenfassung.

JA zu Investitionen, die sich auszahlen

Obschon das Gegenteil nötig wäre, werden mit dem Sparpaket des Bundes Gelder für Klimaschutz gestrichen. Um das Netto-Null Ziel bis 2025 zu erreichen, braucht es grosse Investitionen in den Ausbau von Erneuerbaren, in Gebäudesanierungen, nachhaltige Mobilität und, und, und. Die Klimafonds-Initiative verlangt, dass jährlich 0,5 bis 1 Prozent des BIP zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen eingesetzt werden. Das ist eine notwendige und vernünftige Investition in unsere Zukunft, denn, so Präsidentin Regula N. Keller: “Kein Klimaschutz ist die teuerste Variante.” Deshalb sprechen sich die GRÜNEN des Kt. Glarus einstimmig für ein Ja zur Vorlage aus.

NEIN zum Angriff auf die vierte Gewalt

An der Parolenfassung wurde ein einstimmiges Nein zur Halbierungsinitiative beschlossen. Unabhängige, verlässliche Medien sind die Grundlage unserer Demokratie. Eine Annahme der Initiative würde zu einschneidenden Kürzungen des öffentlichen Informationsangebots führen. Die SRG gewährleistet verlässliche Berichterstattung für alle und bringt die Menschen zusammen - über den Röstigraben, Stadt-Land- und auch den Links-Rechts-Graben hinweg. Das ist in Zeiten von Fake-News und aufstrebenden Autokraten wichtiger denn je.

JA zu Gleichberechtigung im Steuersystem

Die Einkommen und Vermögen von verheirateten Paaren werden heute zusammengerechnet und gemeinsam besteuert. Weil der Steuersatz mit höherem Einkommen steigt, ist es für viele Ehepaare günstiger, wenn die Frau nicht oder nur in kleinem Pensum arbeitet. Die Geschlechterungleichheit wird damit vielschichtig verstärkt - von der Verteilung der Care-Arbeit bis hin zur höheren Altersarmut von Frauen. Die Individualbesteuerung ist ein wichtiger Schritt zur Überwindung dieser veralteten Rollenverteilung und wird deshalb mit einem deutlichen Ja zur Annahme empfohlen.

NEIN zur Initiative «Bargeld ist Freiheit» und JA zum direkten Gegenvorschlag

Die GRÜNEN des Kantons Glarus teilen das Grundanliegen der Initiative, denn der Zugang zu Bargeld und der Schweizer Franken als Landeswährung sind wichtig und weitgehend unbestritten. Da der Initiativtext jedoch rechtlich unpräzise formuliert ist, haben die GRÜNEN zur Initiative die Nein-Parole beschlossen, empfehlen jedoch die Annahme des direkten Gegenvorschlags. Dieser verankert die Sicherstellung der Bargeldversorgung sowie die Festlegung des Frankens als Schweizer Währung in der Verfassung, ohne von der heute bewährten Umsetzungspraxis abzuweichen.